

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im März 2008 abgeschlossen und lag der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz im Sommersemester 2008 als Dissertation vor.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Ludwig Gramlich für die umfassende Betreuung dieser Arbeit. Seine Ratschläge, Hinweise und Anregungen, insbesondere auch im Hinblick auf die juristischen Themenbereiche und Fragestellungen, haben maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen.

Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Friedrich Thießen für seine umfangreiche Unterstützung bei der Diskussion der ökonomischen Aspekte und die Übernahme des Zweitgutachtens.

Des Weiteren gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Jürgen Singer von der Universität Leipzig, der spontan und unprätentiös das Drittgutachten übernahm.

Diese Dissertation ist als berufsbegleitende Arbeit im Zeitraum 2006-2008 entstanden. Sie wurde wesentlich geprägt durch praktische Erfahrungen und Erlebnisse aus meiner langjährigen Tätigkeit in der Großbankenaufsicht im BAKred und in der BaFin sowie meiner temporären Tätigkeit im Referat Finanzdienstleistungen in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel.

Hiermit bedanke ich mich bei allen Vorgesetzten, Kollegen und sonstigen Gesprächspartnern, insbesondere in der BaFin, in der Bundesbank, im BMF und in den Brüsseler Institutionen sowie aus der Finanzwirtschaft - namentlich bei meinem Referatsleiter Helmut Frank -, die in vielfältigen Gesprächen und Diskussionen einen Beitrag zum Aufbau und zur Struktur dieser Arbeit geleistet haben.

Ich widme diese Arbeit meiner Frau Astrid Gampe, die mich maßgeblich unterstützt und mir mit unendlicher Nachsicht familiär den Rücken freigehalten hat sowie meinen Kindern Philipp und Eva als Ansporn für Zielstrebigkeit und Selbstdisziplin auf ihrem weiteren Lebensweg.

Bonn, im März 2009

Jens Gampe

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Abbildungsverzeichnis	XXIII
Einleitung	1
Kapitel 1	
Die Entwicklung des europäischen Finanzdienstleistungsmarktes	8
A. Der europäische Binnenmarkt	8
B. Der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (FSAP)	20
C. Die inhaltliche und zeitliche Umsetzung des FSAP: Fortschrittsberichte der Kommission, Schlussfolgerungen der IIMG sowie Post-FSAP-Prozess	34
D. Der Institutionelle Rahmen der EU	55
Kapitel 2	
Die Entwicklung der europäischen Rechtsnormen im Bereich Finanzdienstleistungen	62
A. Primär- und Sekundärrecht als Rechtsquellen des Gemeinschaftsrechts	62
B. Die europäischen Sekundärrechtsnormen im Überblick	66
C. Die Notwendigkeit zur Schaffung einheitlicher Rechtsnormen im Bereich Finanzdienstleistungen in angemessener Zeit – Verbraucher- und Anlegerschutz	72
D. Die Beschleunigung der europäischen Rechtsetzungsverfahren im Bereich Finanzdienstleistungen durch spezielle Entscheidungsverfahren	85
E. Die Ausweitung des „Lamfalussy-Verfahrens“ auf die Sektoren Banken, Versicherungen und OGAW	108
F. Relevante Aspekte des Verfassungsentwurfes für die EU in Bezug auf das Komitologieverfahren	112
G. Fazit und Kritik	116

Kapitel 3	
Die praktische Umsetzung des „Lamfalussy-Modells“ am Beispiel der Marktmissbrauchsrichtlinie	118
A. Vorläuferrechtsnormen der Marktmissbrauchsrichtlinie in der EG	118
B. Die Notwendigkeit der Verhinderung von Marktmissbrauch im Bereich der Finanzmärkte	127
C. Die Erarbeitung der Marktmissbrauchsrichtlinie durch die zuständigen Gremien gemäß dem „Lamfalussy-Modell“	139
D. Die nationale Umsetzung der Marktmissbrauchsrichtlinie in Deutschland	155
E. Zusammenfassende Bewertung	166
Kapitel 4	
Neue Ansätze der Finanzmarktaufsicht in Deutschland und ausgewählten Ländern in der EU, befördert durch die praktische Umsetzung des „Lamfalussy-Modells“	170
A. Finanzmärkte und Finanzmarktregulierung	170
B. Finanzmarktaufsicht in Deutschland	174
C. Betrachtung des Organisationsmodells des ESZB sowie ausgewählter nationaler Aufsichtsmodelle in der EU	203
D. Europäische Aufsicht – quo vadis?	227
E. Nationale versus Gesamteuropäische Finanzmarktaufsicht – Zusammenfassung	233
Kapitel 5	
Zusammenfassende Bewertung und Thesen	238
A. Zusammenfassende Bewertung	238
B. Thesen	252
Literaturverzeichnis	255

Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
Abbildungsverzeichnis	XXIII
Einleitung und Problemstellung	1
I. Einleitung	1
II. Fragestellung und Ziel der Arbeit	3
III. Gang der Untersuchung	4
Kapitel 1	
Die Entwicklung des europäischen Finanzdienstleistungsmarktes	8
A. Der europäische Binnenmarkt	8
I. Europa und der Binnenmarkt – ein historischer Rückblick	8
1. Der „Europa“-Begriff	8
2. Churchills Rede an die akademische Jugend der Universität Zürich	8
3. EGKS-Vertrag und EWG-Vertrag	9
4. Probleme mit nichttarifären Handelshemmnissen	10
5. Vom EWS zur Währungsunion	10
6. Die „Eurosklerose“	11
7. Die Einheitliche Europäische Akte	12
8. Resümee	13
II. Der Finanzdienstleistungsmarkt als Teil des Binnenmarktes	14
1. Finanzdienstleistungen	14
2. Finanzdienstleistungsbinnenmarkt	15
3. Mögliche Einschränkungen der Grundfreiheiten im Finanzdienst- leistungsbereich und „Europäischer Pass“	15
a) Grundsätzliche Erwägungen	15
b) Bankenbereich	16
c) Versicherungsbereich	17
d) Wertpapierbereich	17
4. Das Ziel eines einheitlichen Finanzdienstleistungsbinnenmarktes	18
5. Der Rahmen für Maßnahmen zur Realisierung des Finanzdienst- leistungsbinnenmarktes	19
6. Resümee	19

B. Der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen (FSAP)	20
I. Die Entwicklung des Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen	20
II. Der FSAP und seine strategischen Ziele	22
1. Vom Aktionsrahmen zum Aktionsplan	22
2. Die Errichtung eines einheitlichen Firmenkundenmarktes für Finanzdienstleistungen	24
3. Die Schaffung offener und sicherer Privatkundenmärkte	26
4. Die Modernisierung der Aufsichtsregeln	27
5. Allgemeine Umfeldbedingungen für einen optimalen Finanzbinnenmarkt	29
6. Resümee	30
III. Zusammenfassung	31
C. Die inhaltliche und zeitliche Umsetzung des FSAP: Fortschrittsberichte der Kommission, Schlussfolgerungen der IIMG sowie Post-FSAP-Prozess	34
I. Grundsätzliches zu den Fortschrittsberichten	34
II. Kurzüberblick über wesentliche Inhalte der Fortschrittsberichte der Kommission	35
1. Der erste Fortschrittsbericht (progress report) vom 29. November 1999	35
2. Die Fortschrittsberichte Zwei bis Fünf	36
3. Der sechste Fortschrittsbericht – die Bestandsaufnahme zur Halbzeit	42
4. Die Fortschrittsberichte Sieben bis Neun	45
5. Der zehnte Fortschrittsbericht vom 2. Juni 2004	50
III. Die Schlussfolgerungen der IIMG	51
IV. Das Weißbuch 2005-2010 der Kommission	52
V. Fazit zur bisherigen Umsetzung des FSAP	53
D. Der Institutionelle Rahmen der EU	55
I. Die zentralen Aspekte des institutionellen Rahmens zur Sicherung der Stabilität des Europäischen Finanzmarktes	55
II. Die Notwendigkeit der Schaffung effizienter Rechtsetzungsstrukturen	55
III. Die Notwendigkeit eines integrierten Finanzdienstleistungsbinnenmarktes	56
IV. Die Aufgaben der EU-Organe	56
1. Die Kommission	56
2. Das Europäische Parlament	57
3. Der (ECOFIN-)Rat	58
V. Geopolitische Einflussfaktoren	59
VI. Die Notwendigkeit der Schaffung konvergenter nationaler Normen	60
VII. Die Kontrolle der nationalen Umsetzung der europäischen Rechtsetzung als wesentliche Aufgabe in der Zukunft	61

Kapitel 2

Die Entwicklung der europäischen Rechtsnormen im Bereich Finanzdienstleistungen

62

A. Primär- und Sekundärrecht als Rechtsquellen des Gemeinschaftsrechts

62

- I. Die Quellen des Gemeinschaftsrechts 62
- II. Die europarechtliche Schrankentrias 63
 - 1. Grundsätzliches 63
 - 2. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung 63
 - 3. Subsidiaritätsprinzip 63
 - 4. Prinzip der Verhältnismäßigkeit 64
- III. Das primäre Gemeinschaftsrecht 65
- IV. Das sekundäre Gemeinschaftsrecht 66

B. Die europäischen Sekundärrechtsnormen im Überblick

66

- I. Grundsätzliches zu den EG-Rechtsakten 66
 - 1. Die Kerngedanken des Art. 249 EGV 66
 - 2. Die Formen des sekundären Gemeinschaftsrechts nach Art. 249 EGV 66
 - 3. Das Verhältnis der Sekundärrechtsakte untereinander 67
- II. Verordnungen 67
 - 1. Rechtsnatur 67
 - 2. Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten 68
- III. Richtlinien 68
 - 1. Rechtsnatur 68
 - 2. Umsetzungspflicht der Mitgliedstaaten 68
 - 3. Bindungswirkung gegenüber den Adressaten 69
 - 4. Unmittelbare Wirkung als Ausnahme 69
 - 5. Staatshaftung bei fehlerhafter Richtlinienumsetzung 69
- IV. Entscheidungen 70
 - 1. Rechtsnatur 70
 - 2. An Mitgliedstaaten gerichtete Entscheidungen 70
- V. Empfehlungen/Stellungnahmen 70
- VI. Rechtshandlungen eigener Art 71
- VII. Austauschbarkeit der Rechtsakte 71
- VIII. Durchführungsmaßnahmen der Kommission zur Konkretisierung der Sekundärrechtsnormen 71
 - 1. Vorgaben des EuGH 71
 - 2. Übertragungsmöglichkeiten auf die Kommission 71

C.	Die Notwendigkeit zur Schaffung einheitlicher Rechtsnormen im Bereich Finanzdienstleistungen in angemessener Zeit – Verbraucher- und Anlegerschutz	72
I.	Ohne Vertrauen und Fairness keine Investitionen am Kapitalmarkt	72
II.	Grundsätzliches zum Verbraucherschutz in der EU	73
	1. Verbraucherbegriff	73
	2. Das - derzeitige - allgemeine Verbraucherbild des EuGH	73
III.	Die Entstehung der Europäischen Verbraucherpolitik	73
	1. Ziel der Verbraucherschutzpolitik	73
	2. Die primärrechtliche Einbettung des Verbraucherschutzes	74
	a) Anfänge des Europäischen Verbraucherschutzes	74
	b) Verankerung des Verbraucherschutzes im EG-Vertrag	74
	aa) Einheitliche Europäische Akte	74
	bb) Vertrag von Maastricht	75
	cc) Vertrag von Amsterdam	76
	3. Verbraucherschutzprioritäten der Kommission für die Jahre 1999-2001	76
	4. Prioritäten im Verbraucherschutz für 2002-2006	77
IV.	Resümee	78
V.	Finanzbinnenmarkt und Anlegerschutz	79
	1. Grundsätzliche Erwägungen	79
	2. Vom Verbraucher- zum Anlegerschutz	80
	a) Notwendigkeit von Anlegerschutz	80
	b) Anlegerbegriff im europäischen Finanzmarktrecht	80
	c) Resümee	81
VI.	Zusammenfassung und Kritik	83
D.	Die Beschleunigung der europäischen Rechtsetzungsverfahren im Bereich Finanzdienstleistungen durch spezielle Entscheidungsverfahren	85
I.	Grundsätzliche Erwägungen	85
II.	Das Mitentscheidungsverfahren	85
	1. Die Einführung des Verfahrens in das System der Rechtsetzung durch den Vertrag von Maastricht	85
	2. Verfahrensablauf	86
	3. Erweiterte Gesetzgebungskompetenzen des Europäischen Parlaments	86
	4. Die Verfahrensänderungen durch den Amsterdamer Vertrag	86
	5. Die Verfahrensänderungen durch den Vertrag von Nizza	87
III.	Die Komitologiebeschlüsse des Rates	87
	1. Begriff und Rechtsgrundlage	87
	2. Die Basisregelung der Komitologie	88

3.	Der erweiterte Komitologiebeschluss aus dem Jahr 1999	89
	a) Die neuen Verfahren der Zusammenarbeit zwischen Kommission und Ausschüssen	89
	b) Wesentliche Aufgaben der Ausschüsse	90
	c) Die erweiterten Kompetenzen des Parlaments	91
	d) Resümee	92
4.	Der Kommissionsvorschlag zur erneuten Modifikation des Komitologieverfahrens und seine Verwirklichung	92
	a) Das Ziel der weiteren Stärkung des Parlaments	92
	b) Die negativen Folgen des Kommissionsvorschlages	94
	c) Die deutsche Ablehnung des Kommissionsvorschlages	94
	d) Die Überarbeitung des Kommissionsvorschlages	94
	e) Das Regelungsverfahren mit Kontrolle	94
5.	Resümee	96
IV.	Das „Lamfalussy-Modell“ als Rahmenverfahren	97
	1. Die Einsetzung des „Ausschusses der Weisen“	97
	2. Das Modell eines Vier-Stufen-Konzeptes	98
	a) Rechtsgrundlage	98
	b) Ziele des „Lamfalussy-Modells“	98
	c) Beschreibung und Visualisierung der Stufen des „Lamfalussy-Modells“	98
	3. Stufe 1 (Gesetzgebung)	100
	4. Stufe 2 (technische Regelungen)	101
	5. Stufe 3 (Ausschüsse)	104
	6. Stufe 4 (Kommissionsmaßnahmen)	105
	7. Die Einbindung des Europäischen Parlaments in den weiteren Rechtsetzungsprozess	106
V.	Wertung und Kritik	107
E.	Die Ausweitung des „Lamfalussy-Verfahrens“ auf die Sektoren Banken, Versicherungen und OGAW	108
	I. Für und Wider der Ausweitung	108
	II. Legislative Umsetzung	109
	III. Zusammenfassende Wertung	111
F.	Aspekte der Verfassungsreform in der EU in Bezug auf das Komitologieverfahren	112
	I. Die vorgesehene neue Struktur der Rechtssetzung	112
	II. Der Vertrag von Lissabon	114
G.	Fazit und Kritik	116

Kapitel 3

Die praktische Umsetzung des „Lamfalussy-Modells“, untersucht am Beispiel der Marktmissbrauchsrichtlinie

118

A. Vorläuferrechtsnormen der Marktmissbrauchsrichtlinie in der EG	118
I. Grundsätzliches zu den Begriffen Kapitalmarkt und Kapitalmarktrecht	118
II. Die Insiderrichtlinie von 1989	121
1. Normzweck	121
2. Wesentlicher Inhalt der Richtlinie	122
3. Umsetzung in deutsches Recht	123
4. Dauer der Richtlinienerstellung und Aufhebung	123
III. Wertpapierdienstleistungsrichtlinie von 1992	123
1. Normzweck	123
2. Wesentlicher Inhalt der Richtlinie	124
3. Umsetzung in deutsches Recht	125
4. Dauer der Richtlinienerstellung und Aufhebung	125
IV. Zusammenfassung	126
B. Die Notwendigkeit der Verhinderung von Marktmissbrauch im Bereich der Finanzmärkte	127
I. Notwendigkeit einheitlicher Regeln in der EU gegen Marktmissbrauch	127
1. Bedingungen für das Funktionieren von Märkten	127
2. Marktmissbrauch auf dem europäischen Kapitalmarkt	127
II. Definition vom Marktmissbrauch im Finanzsektor	130
1. Marktmissbrauch als Oberbegriff	130
2. Die Insider-Information	130
3. Die Marktmanipulation	131
4. Ad-hoc-Publizität und Directors' Dealings	132
5. „Safe harbour“-Regeln	134
III. Folgen von Marktmissbrauch im Finanzsektor	135
1. Ökonomische Folgen	135
2. Rechtliche Folgen	137
IV. Zusammenfassung	138
C. Die Erarbeitung der Marktmissbrauchsrichtlinie durch die zuständigen Gremien gemäß dem „Lamfalussy-Modell“	139
I. Notwendigkeit, Ziele und Regelungsinhalt des Richtlinienvorschlages	139
1. Notwendigkeit einer Neuregelung der bestehenden Normen	139
2. Ziele der neuen Richtlinie	140
3. Regelungsinhalt	141
II. Die Verabschiedung der Basis-Richtlinie im Mitentscheidungsverfahren gemäß Stufe 1 des „Lamfalussy-Modells“	142
1. Grundsätzliches	142

2.	Übermittlung des Kommissionsvorschlages an den ECOFIN-Rat und das Europäische Parlament	143
3.	Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses sowie des Ausschusses für Wirtschaft und Währung	144
4.	Stellungnahme der EZB	145
5.	Erste Lesung im Europäischen Parlament	145
6.	Zustimmung des ECOFIN-Rates zum geänderten Richtlinienvorschlag	145
7.	Annahme des geänderten Richtlinienvorschlages durch die Kommission	145
8.	Zweite Lesung im Europäischen Parlament	146
9.	Endgültige Annahme durch den Rat in zweiter Lesung	146
10.	Zustimmung der Kommission zu Änderungen des EP in dessen zweiter Lesung	146
11.	Unterzeichnung und Veröffentlichung des Basis-Rechtsaktes	146
III.	Durchführungsmaßnahmen zur Marktmissbrauchsrichtlinie – Grundsätzliches zum Verfahren	147
IV.	Verabschiedung der Durchführungsmaßnahmen der Kommission gemäß Stufe 2 des „Lamfalussy-Modells“	147
1.	Das Ersuchen der Kommission um fachliche Unterstützung	147
2.	Die formelle Beauftragung des CESR	148
3.	Die Veröffentlichung dreier Arbeitspapiere durch die Kommission	148
4.	Der formelle Vorschlag der Kommission an das ESC	149
5.	Die endgültige Annahme der Arbeitsdokumente durch das ESC	149
6.	Die Zustimmung des Europäischen Parlaments	149
7.	Die förmliche Annahme der Durchführungsmaßnahmen durch die Kommission	150
8.	Die Erarbeitung einer weiteren Durchführungsmaßnahme	150
V.	Die Aufgaben des CESR gemäß Stufe 3 des „Lamfalussy-Modells“	151
VI.	Kommissionsmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Stufe 4 des „Lamfalussy-Modells“	152
VII.	Zusammenfassung und Kritik	152
D.	Die nationale Umsetzung der Marktmissbrauchsrichtlinie in Deutschland	155
I.	Vom Kursbetrugsverbot nach § 88 BörsG zum Verbot der Kurs- und Marktpreismanipulation gemäß § 20a WpHG	155
II.	Das 10-Punkte-Programm der Bundesregierung	157
III.	Das Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes (Anlegerschutzverbesserungsgesetz)	158
1.	Regelungsgegenstand	158
2.	Regelungsinhalt	158
3.	Durchführungsverordnungen	158
a)	Verordnungsermächtigungen	158
b)	Marktmanipulations-Konkretisierungsverordnung	159

c) Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung	159
d) Finanzanalyseverordnung	160
4. Emittentenleitfaden	161
IV. Probleme in der Praxis und Kritik	162
V. Zusammenfassung	163
E. Zusammenfassende Bewertung	165

Kapitel 4

Neue Ansätze der Finanzmarktaufsicht in Deutschland und ausgewählten Ländern in der EU, befördert durch die praktische Umsetzung des „Lamfalussy-Modells“

A. Finanzmärkte und Finanzmarktregulierung	170
I. Konvergenz der Aufsicht in Europa als notwendige Folge des Finanzbinnenmarktes	170
II. Notwendigkeit der Finanzmarktregulierung im Allgemeinen	171
III. Überblick über ausgewählte nationale Finanzmärkte in der EU	172
1. Deutschland	172
2. Großbritannien	173
3. Frankreich	173
B. Finanzmarktaufsicht in Deutschland	174
I. Die historischen Wurzeln der deutschen Finanzmarktaufsicht	174
1. Bankenaufsicht	174
2. Versicherungsaufsicht	175
3. Wertpapieraufsicht	177
II. Die heutige institutionelle Struktur der deutschen Finanzmarktaufsicht	178
1. Die Einbindung der Bundesbank in die (Banken)Aufsicht	178
a) Aufgaben der Bundesbank nach dem Bundesbankgesetz von 1957	178
b) Historischer Kontext der Zusammenarbeit von Notenbank und Bankenaufsicht	179
c) Suche der Bundesbank nach einer neuen Rolle nach dem Verlust der alleinigen geld- und währungspolitischen Zuständigkeit in Deutschland	180
2. Die Errichtung der BaFin	183
a) Grundsätzliches	183
b) Ziel einer integrierten Finanzmarktaufsicht in Deutschland	184
3. Die wesentlichen Veränderungen in der Organisationsstruktur der BaFin im bisherigen Zeitablauf	185

4.	Die personelle Ausstattung der BaFin	188
	a) Grundsätzliches	188
	b) Personalgewinnung	188
	c) (De)Motivation der Beschäftigten der BaFin	190
5.	Das BMF als Rechts- und Fachaufsicht	191
III.	Die aktuelle „politische“ Diskussion um die deutsche Bankenaufsicht	194
	1. Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien von 2005	194
	2. Das DIW-Gutachten zur Evaluierung der Bankenaufsicht	195
	a) Prüfungsauftrag	195
	b) Zusammenfassendes Ergebnis und Kommentar	196
	aa) Zufriedenheit der Kreditinstitute mit der Aufsicht	196
	bb) Kommunikation mit der Aufsicht – Bewertung der Aufsichtsstrategie	196
	cc) Qualitative Aufsicht als Chance	197
	dd) Erfahrungen mit Aufsichtsgesprächen	197
	ee) Erfahrungen mit Prüfungen gemäß § 44 Abs. 1 KWG – Einfluss auf die Geschäftspraxis	198
	ff) Aufgabenteilung zwischen Deutscher Bundesbank und BaFin	198
	gg) Finanzierung der BaFin	199
	hh) Entbürokratisierung	199
	3. Resümee	199
IV.	Zusammenfassung und Kritik	200
C.	Betrachtung des Organisationsmodells des ESZB sowie ausgewählter nationaler Aufsichtsmodelle in der EU	203
I.	Indikatoren für die Untersuchung	203
II.	Organisationsmodell des ESZB	203
	1. Grundsätzliches	203
	2. Unabhängigkeit der EZB	205
	3. Kontrolle	205
	4. Rechtsaufsicht durch EU-Gremien	205
	5. Standort	206
	6. Leitung	206
	7. Organisationsstruktur	206
	8. Personalstruktur und die Besoldung	206
	9. Zusammenarbeit mit Dritten im Bereich Finanzmarktaufsicht	207
III.	Ausgewählte Modelle nationaler Aufsichtsstrukturen in Europa	207
	1. Großbritannien	207
	a) Grundsätzliches	207
	b) Unabhängigkeit	208
	c) Kontrolle	208
	d) Rechtsaufsicht durch das Finanzministerium	208
	e) Standort	209

f) Leitung	209
g) Organisationsstruktur	209
h) Personalstruktur und Besoldung	209
i) Zusammenarbeit mit der britischen Notenbank im Bereich Bankenaufsicht	210
2. Österreich	210
a) Grundsätzliches	210
b) Unabhängigkeit und Kontrolle	211
c) Rechtsaufsicht durch das Finanzministerium	212
d) Standort	212
e) Leitung	212
f) Organisationsstruktur	212
g) Personalstruktur und Besoldung	212
h) Zusammenarbeit mit der österreichischen Notenbank im Bereich Bankenaufsicht	213
3. Frankreich	213
a) Grundsätzliches	213
b) Leitung, Unabhängigkeit, Kontrolle, Rechtsaufsicht durch den Staat	214
c) Standort	214
d) Personalstruktur und Besoldung	214
e) Zusammenarbeit mit der französischen Notenbank im Bereich Bankenaufsicht	214
IV. Ein neues Organisationsmodell für die BaFin?	215
1. Grundsätzliches	215
2. Unabhängigkeit	216
3. Kontrolle	217
4. Rechtsaufsicht durch das BMF	217
5. Standort	218
6. Leitung	218
7. Organisationsstruktur	219
8. Personalstruktur und Besoldung	221
9. Zusammenarbeit mit der Bundesbank im Bereich Bankenaufsicht	222
V. Vergleich und Kritik	223
D. Europäische Aufsicht – quo vadis?	227
I. Grundmodelle von Aufsichtsstrukturen in der EU	227
II. Kooperation gleichgestellter nationaler Aufsichtsbehörden	227
III. Modell eines Consolidating Home bzw. Lead Supervisor	228
IV. Zentralisierung von Aufsichtsaufgaben auf europäischer Ebene	229
V. Zusammenfassung	231

E. Nationale versus Gesamteuropäische Finanzmarktaufsicht – Zusammenfassung	233
I. Wem nutzt der Finanzbinnenmarkt?	233
II. Finanzmarktaufsicht in Deutschland – gestern und heute	234
III. Divergierende Organisationsmodelle ausgewählter Aufsichtsbehörden in Europa	236
IV. Quo vadis Finanzmarktaufsicht?	236
Kapitel 5	
Zusammenfassende Bewertung und Thesen	239
A. Zusammenfassende Bewertung	239
I. Die Notwendigkeit eines integrierten Finanzmarktes	239
II. Ein neuer Rechtsrahmen für den Finanzdienstleistungsbinnenmarkt	240
III. Das „Lamfalussy-Modell“ in der ersten praktischen Umsetzung	244
IV. Konvergenz der Aufsicht	245
V. Politik versus Markt	249
B. Thesen	252
Literaturverzeichnis	255

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ACAM	Commission de Contrôle des Assurances et de Mutuelles
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AFB	Association Française des Banques
AHBR	Allgemeine HypothekenBank Rheinboden AG
AMF	Autorité des marchés financiers
Anm.	Anmerkung
AnSVG	Anlegerschutzverbesserungsgesetz
Art.	Artikel
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BAnz.	Bundesanzeiger
Basel II	neue Baseler Rahmenvereinbarung über die Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BAWe	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BdF	Banque de France
Bek.	Bekanntmachung
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BKartA	Bundeskartellamt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
BNetzA	Bundesnetzagentur
BörsG	Börsengesetz
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BT	Deutscher Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BWG	Bundesgesetz über das Bankwesen (Österreich)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
c.p.	ceteris paribus
ca.	circa
CB	Commission Bancaire
CEA	Comité des Entreprises d'Assurance
CEBS	Committee of European Banking Supervisors
CECEI	Comité des établissements de crédit et des entreprises d'investissement
CEIOPS	Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors
CEO	Chief Executive Officer
CESR	Committee of European Securities Regulators

CRD	Capital Requirements Directive
d.h.	das heißt
ders.	derselbe
DIAS	Deutsches Institut für Anlegerschutz e.V.
dies.	dieselbe(n)
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DM	Deutsche Mark
DSW	Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.
EBC	European Banking Committee
ECOFIN	Wirtschafts- und Finanzminister(-Rat)
ed.	editor(s)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	EG-Vertrag in der Fassung von Amsterdam
EIOPC	European Insurance and Occupational Pensions Committee
EP	Europäisches Parlament
ESC	European Securities Committee
ESF	Europäisches System der Finanzmarktaufsichtsbehörden
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgend(e)
FESCO	Federation/Forum of European Securities Commissioners
FinAV	Finanzanalyseverordnung
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde (Österreich)
FMABG	Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (Österreich)
FMAG	Finanzmarktaufsichtsgesetz (Österreich)
FMFG	Finanzmarktförderungsgesetz
Fn.	Fußnote
FSA	Financial Services Authority (Großbritannien)
FSAP	Aktionsplan für Finanzdienstleistungen
FSC	Ausschuss für Finanzdienstleistungen
FSPG	Financial Services Policy Group
GATS	General Agreement on Trade in Services
g.D.	gehobener Dienst
GDV	Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
h.D.	höherer Dienst
Hg.	Herausgeber

i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.d.	im Sinne der (des)
i.V.m.	in Verbindung mit
IFRS	International Financial Reporting Standards
IIMG	Inter-Institutional Monitoring Group
I-RL	Insider-Richtlinie
ISD	Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (WpDIRL)
IT	Informationstechnologie
IWF/IMF	Internationaler Währungsfonds
KOM/COM	Dokumente der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
KuMaKV	Marktmanipulations-Konkretisierungsverordnung
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
lit.	litera (Buchstabe)
LSE	London Stock Exchange
LZB	Landeszentralbank
MAD	Market Abuse Directive
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr(n).	Nummer(n)
NZB	ationale Zentralbank
o.a.	oben angeführt(en)
o.A.	ohne Autor
o.J.	ohne Jahr
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OGAW	Organismus für gemeinsame Anlage in Wertpapieren
PreLex	Werdegang der interinstitutionellen Verfahren in der EU
Rat	Rat der Europäischen Union, EU-Ministerrat allgemein
REV.	Revision
RGBI.	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
S.	Seite, Seiten
SE	Societas Europaea
SEC	Securities and Exchange Commission
SEPA	Single Euro Payments Area
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
Solvency II	Ziel des Projektes ist es, die heutigen Solvabilitätsvorschriften für Versicherungsunternehmen zu einem konsequent risikoorientierten System der Finanzaufsicht weiterzuentwickeln
SREP	Supervisory Review and Evaluation Process
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
Tz(n).	Textziffer(n)
u.a.	unter anderem; und andere
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VÖB	Bundesverband Öffentlicher Banken
VVE	Entwurf einer Europäischen Verfassung (Verfassungsvertragsentwurf)

WM	Wertpapiermitteilungen
WpAIV	Wertpapierhandelsanzeige- und Insiderverzeichnisverordnung
WpDI-RL	Wertpapier-Dienstleistungsrichtlinie (ISD)
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WSA	Wirtschafts- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZKA	Zentraler Kreditausschuss
3L3	Level-3-Ausschüsse CEBS, CESR und CEIOPS

Abbildungsverzeichnis:

- Abbildung 1** Verfahrensarten des Komitologiebeschlusses vom 28.06.1999; entwickelt aus: Röttinger in: Röttinger/Weyringer, S. 124; Marien-Dusak in: Röttinger/Weyringer, S. 1023; sowie Anhang 5 des Ersten Berichts des „Ausschusses der Weisen“ über die Reglementierung der Europäischen Wertpapiermärkte, Brüssel, 09.11.2000 S. 89 f.
- Abbildung 2** Kommissionsvorschlag zur erneuten Modifikation des Komitologieverfahrens; entwickelt aus: Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/468/EG zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse, KOM (2002) 719 endgültig, 11.12.2002. S. 93
- Abbildung 3** Regelungsverfahren mit Kontrolle, entwickelt aus: BESCHLUSS DES RATES vom 17. Juli 2006 zur Änderung des Beschlusses 1999/468/EG zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse, ABl. L. 200 vom 22.07.2006, S. 11. S. 95 f.
- Abbildung 4** Das vom „Lamfalussy-Ausschuss“ empfohlene Vier-Stufen Konzept; unmittelbar übernommen aus: Schlussbericht des Ausschusses der Weisen, Brüssel, 15.02.2001, S. 5. S. 98 f.
- Abbildung 5** Stufe 1 – Grundsätze; unmittelbar übernommen aus: Schlussbericht des Ausschusses der Weisen, Brüssel, 15.02.2001, S. 20. S. 100 f.
- Abbildung 6** Aufgaben und Funktionen von ESC und CESR, entwickelt aus: ABl. EG L 191 vom 13.07.2001, S. 45 und ABl. EG L 191 vom 13.07.2001, S. 43. S. 102
- Abbildung 7** Stufe 2 – Beschlussfassung; unmittelbar übernommen aus: Schlussbericht des Ausschusses der Weisen, Brüssel, 15.02.2001, S. 26. S. 103 f.
- Abbildung 8** Stufe 3 – Aufgaben von CESR; unmittelbar übernommen aus: Schlussbericht des Ausschusses der Weisen, Brüssel, 15.02.2001, S. 28. S. 104 f.